

## **Reform des Justizsystems: Österreich führt unabhängige Bundesstaatsanwaltschaft ein!**

Österreich etabliert eine unabhängige Bundesstaatsanwaltschaft. Einigung nach Verhandlungen zwischen SPÖ, NEOS und ÖVP.



**Österreich** - Österreich hat sich auf die Etablierung einer unabhängigen und weisungsfreien Bundesstaatsanwaltschaft geeinigt. Diese Entscheidung fiel nach zähen Verhandlungen zwischen den Parteien SPÖ, NEOS und ÖVP, nachdem auch die Kanzlerpartei ÖVP zuvor mit den Grünen um eine Lösung gerungen hatte. Ein zentraler Streitpunkt war die parlamentarische Kontrolle über die neue Institution. Verfassungsrechtsexperte Bernd-Christian Funk hat die gefundene Lösung positiv bewertet. Die Bundesstaatsanwaltschaft wird politisch-weisungsfrei sein, vorausgesetzt, es wird eine Zweidrittelmehrheit im Parlament

erreicht. Justizministerin Anna Sporrer (SPÖ) behält jedoch die letzte Weisungsbefugnis für Anklagen und Verfahren.

Diese Änderung könnte signifikante Auswirkungen auf die Dauer von Verfahren haben, insbesondere bei hochkarätigen Fällen wie denen von Karl-Heinz Grasser oder Sebastian Kurz. Die Buwog-Causa, die 16 Jahre in Anspruch nahm, wurde international kritisiert und offenbarte die Dringlichkeit für Reformen im österreichischen Justizsystem. Ein Ziel dieser Reform, die eine Verbesserung der Transparenz anstrebt, könnte auch die Wahrnehmung der Justiz in der Öffentlichkeit schärfen.

## **Herausforderungen und Bedenken**

Obwohl die Grundvoraussetzungen für die neue Bundesstaatsanwaltschaft geschaffen wurden, gibt es Bedenken hinsichtlich der Auswahl der Topjuristen sowie der Kontrolle durch das Parlament. Die FPÖ zeigt sich skeptisch und sieht keine Notwendigkeit für eine Bundesstaatsanwaltschaft. Auch Staatsanwälte und Rechtsanwälte äußern Zweifel zum Bestellungsmodus, was die politischen Entscheidungsträger vor zusätzliche Herausforderungen stellt.

Anlass für die Einsetzung einer interdisziplinären Kommission war eine umstrittene Tonaufnahme des verstorbenen Justizsektionschefs Christian Pilnacek. Darin äußerte Pilnacek, dass es von Seiten der ÖVP wiederholt Versuche gegeben habe, Ermittlungen zu stoppen. Diese Kommission, geleitet von Kreutner, hat einen umfassenden Bericht mit 230 Seiten vorgelegt, der in Kürze veröffentlicht werden soll. Unter anderem thematisiert der Bericht die Beziehungen zwischen Politik und Justiz und fordert die Einrichtung einer unabhängigen Generalstaatsanwaltschaft.

## **Öffentliche Unterstützung und Expertenmeinungen**

Das Volksbegehren für eine unabhängige Justiz hat in Österreich bereits 143.217 Unterstützer gefunden. Zu den Hauptforderungen des Volksbegehrens zählt die Wiedereinführung der 2008 abgeschafften Untersuchungsrichter:innen sowie die Verankerung der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in der Verfassung. Justizministerin Alma Zadić hat die Notwendigkeit unterstrichen, politischer Einflussnahme in der Justiz entgegenzuwirken. Die Ergebnisse und Forderungen des Volksbegehrens wurden im Justizausschuss in einem Expertenhearing diskutiert.

Experten zeigen sich dabei gespalten über die Forderungen. Während einige wie Peter Lewisch kritisch gegenüber der Bundesstaatsanwaltschaft sind, sehen andere wie Walter Geyer die Einrichtung als sinnvoll an, lehnen jedoch eine Verankerung der WKStA in der Verfassung ab. Abgeordnete aus verschiedenen Parteien haben sich ebenfalls geäußert, wobei einige die Forderungen als unvereinbar mit demokratischen Prinzipien betrachten.

Insgesamt deutet sich an, dass die Diskussion über die Unabhängigkeit des Justizsystems in Österreich weiter an Intensität gewinnen wird, unterstützt durch die unterschiedlichen Perspektiven und den Druck, Reformen zeitnah umzusetzen.

Für weitere Informationen zu diesem Thema können Sie **Krone**, **ORF** und **Parlament** konsultieren.

Details	
<b>Vorfall</b>	Gesetzgebung
<b>Ort</b>	Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.krone.at">www.krone.at</a></li><li>• <a href="http://orf.at">orf.at</a></li><li>• <a href="http://www.parlament.gv.at">www.parlament.gv.at</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**